



Kulturausschuss

21. Sitzung (öffentlich)

10. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:50 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Gespräch mit dem ChorVerband NRW | 5 |
| | Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Hermann Otto (Präsident des ChorVerbandes NRW e. V.) und Prof. Michael Schmoll (Landeschorleiter). | |
| 2 | 5. Kulturwirtschaftsbericht | 19 |
| | Vorlage 14/1297 | |
| | – Bericht von Ministerin Christa Thoben (MWME) | |
| | – Diskussion | |
| 3 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) | 23 |
| | Gesetzentwurf | |

der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Vorlage 14/1187 (Erläuterungsband Einzelplan 02)

Vorlage 14/1267 (Einführungsbericht)

– Detailberatung der kulturelevanten Kapitel im Einzelplan 02

4 Kultur und Alter – Kulturangebote im demografischen Wandel 36

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3036

In Verbindung mit:

Kulturelle Bildung im Alter zielgerichtet fördern

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3124

Ausschussprotokoll 14/399

Der Ausschuss verständigt sich darauf, die Beratung zu vertagen.

5 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 36

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

Der Ausschuss lehnt den Antrag ohne erneute Debatte mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

6 Ohne Vergangenheit keine Zukunft: Erinnerungskultur gestalten – kulturelles Gedächtnis bewahren und beschützen 37

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4869

– Diskussion

7 Schloss Moyland 38

Vorlage 14/1349

– Diskussion

8 Medienkunst 39

Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden Dr. Fritz Behrens zu, den Bericht der Landesregierung zu Beginn des nächsten Jahres schriftlich entgegenzunehmen und das MedienWerk NRW zur Diskussion in den Ausschuss einzuladen.

9 Verschiedenes 39

* * *

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Vorlage 14/1187 (Erläuterungsband Einzelplan 02)

Vorlage 14/1267 (Einführungsbericht)

Kapitel 02 020 – Allgemeine Bewilligungen

Zur **Titelgruppe 61 – Kunststiftung des Landes Nordrhein-Westfalen** – kündigt **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** an, in Kürze werde dem Landtag ein Papier über eine Neuverteilung der Mittel für alle Stiftungen zugehen. Er könne jetzt keine Beträge nennen, weil er das der Zuweisung dieses Papiers an den Landtag überlassen müsse, aber er könne signalisieren, dass es zu erheblichen Verbesserungen komme. Die Kunststiftung NRW sei voll des Lobes über diese Entwicklung bei der Landesregierung. Das gelte auch für die anderen Stiftungen. Für alle Stiftungen, einschließlich der Sportstiftung, gelte eine neue Regelung. Dann würden auch bei der Kunststiftung NRW die Zahlen erheblich besser aussehen. Es werde zu keiner solchen Absenkung kommen.

Claudia Nell-Paul (SPD) fragt, ob dieses Mehr in einem Nachtragshaushalt abzulesen sein werde. – Der **Staatssekretär** geht davon aus, dass das Gegenstand der Ergänzungsliste sein werde.

Auf die Frage von **Claudia Nell-Paul (SPD)**, ob das angekündigte Papier auch die rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Aufnahme dieser Position in den Haushalt behandle, verneint der **Staatssekretär**. Das sei schon früher entschieden worden, das in den Haushalt hineinzunehmen. Er müsse gestehen, dass er nie ein Freund davon gewesen sei, das in den Haushalt aufzunehmen. Aber der Rechnungshof habe dies erheblich moniert. Es habe interfraktionell hierzu auch eine Initiative gegeben, das doch nicht in den Haushalt aufzunehmen. Die sei aber seines Wissens zurückgenommen worden. Man habe es jetzt eingebracht. Es bleibe dem Landtag überlassen, das zu diskutieren. Seines Wissens sei das aber auch zwischen den zuständigen Personen in den Fraktionen ausdiskutiert.

Auf die weitere Frage von **Claudia Nell-Paul (SPD)** gibt der **Staatssekretär** Auskunft, die Problematik der Anerkennung als Eigenmittel sei durch eine klare Erklärung, dass die Mittel sehr wohl anerkannt würden, gelöst.

Kapitel 02 060 – Landesarchiv, Archivwesen

Elisabeth Koschorreck (SPD) bittet um Erläuterung, worauf die Verringerung der Mieteinnahmen von 110.000 € auf 40.000 € zurückgehe. – **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** sagt zu, das schriftlich zu beantworten. (vgl. Vorlage 14/1416)

Kapitel 02 062 – Kulturförderung

Elisabeth Koschorreck (SPD) fragt, warum im Zusammenhang mit dem Förderpreis des Landes Nordrhein-Westfalen für junge Künstlerinnen und Künstler von Honoraren gesprochen werde. Sie verstehe es als Ehre, Juror zu sein.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) erläutert, er sei der Urheber dieser Honorare. Denn er vertrete eine andere Meinung als Frau Koschorreck. Er sei verschiedentlich darauf hingewiesen worden, dass generell innerhalb der Landesregierung bisher keine Honorare für Juroren gezahlt worden seien. Er meine aber, dass man, wenn man vor allen Dingen jüngere Leute als Juroren gewinnen wolle, den Sachverstand, den man über Juroren beziehen wolle, auch honorieren sollte und keine diskrete Form von Ausbeutung betreiben sollte. Er habe festgestellt, dass dieser Weg auch entsprechend „honoriert“ werde. Das gelte aber nicht generell. Es gebe natürlich auch Jurys, von denen ganz klar gesagt werden könne, dass es sich um eine Ehre handle, ihnen anzugehören. Aber die hier angesprochenen Jurys leisteten teilweise eine Arbeit im Umfang mehrerer Tage. Wenn man ein gutes Ergebnis erzielen wolle und vermeiden wolle, dass diese Arbeit nur nebenbei gemacht werde, sollten solche kulturellen Leistungen auch honoriert werden.

Dr. Gero Karthaus (SPD) teilt die Meinung des Staatssekretärs nicht. Einer Jury anzugehören, stelle immer eine Auszeichnung dar, gerade wenn es um Preise des Landes Nordrhein-Westfalen gehe. Natürlich sollten die Juroren die Kosten, die ihnen entstünden, ersetzt bekommen, zum Beispiel Fahrtkosten. Aber die Zahlung eines Honorars, eines Leistungsentgelts mit der Argumentation, nur das ermögliche gute Ergebnisse, verkehre alles das, was in der Vergangenheit stattgefunden habe. Er könne sich nicht vorstellen, das gutzuheißen.

Jurys im Bereich Architektur zum Beispiel seien selbstverständlich honoriert, so **Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)**. Er habe selbst auch schon etlichen Jurys angehört. Es sollte doch so viel Geld zur Verfügung stehen, dass nicht nur großzügig die entstehenden Kosten erstattet werden könnten, sondern auch eine Aufwandsentschädigung gezahlt werden könne. Das müsse ja kein richtiges Honorar sein. Aber wenn jemand wirklich nicht nur an den Jurysitzungen teilnehme, sondern sich auch gut auf die Sitzungen vorbereite, bedeute das schon einen erheblichen Arbeitsaufwand. Das müsse ja nicht „Juryarbeit honorieren“ genannt werden. Es genüge, dass Geld zur Verfügung stehe, damit eine großzügige Aufwandserstattung stattfinden könne.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) macht deutlich, es handele sich um eine Aufwandserstattung. Gerade diese Jurys, um die es hier gehe, leisteten eine tagelange Arbeit sowohl in der Vorbereitung als auch in der tatsächlichen gemeinsamen Beratung. Er meine, das sollte honoriert werden, wenn man qualifizierte Kräfte dafür gewinnen wolle. Das seien keine riesigen Honorare. Das sei auch völlig klar. Den Honoraren liege kein Stundensatz zugrunde. Es handele sich um pauschale Beträge. Eine solche Honorierung von letztlich auch kultureller Leistung sollte aber seines Erachtens stattfinden.

Zu **Titel 633 10**, Sekretariate für gemeinsame Kulturarbeit, möchten **Vorsitzender Dr. Fritz Behrens** und **Oliver Keymis (GRÜNE)** gerne wissen, warum hier keine Erhöhung erfolge.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) legt dar, beide Kultursekretariate erhielten zusätzlich Projektmittel. Eine entsprechende Aufstellung könne er gern zuleiten. (vgl. Vorlage 14/1416)

Im Moment liefen Gespräche mit den Kultursekretariaten, inwieweit das künftig über die dauerhafte Einbeziehung dieser Projekte in Zielvereinbarungen mit den Kultursekretariaten nicht aus Projektmitteln abgedeckt werde, sondern über diese institutionelle Förderung entsprechend aufgestockt werde.

Der Betrag von 2007 sei schon ein erhöhter Ansatz gegenüber 2005 gewesen. Nach und nach hätten sich die Mittel für die beiden Sekretariate jeweils im sechsstelligen Bereich gesteigert, und zwar über Projekte, die man mit ihnen gestartet habe. Man habe ihnen die Mittel nicht pauschal zugewiesen.

Jetzt sei man darüber in Gesprächen, inwieweit das pauschaliert werde und über Zielvereinbarungen sichergestellt werde, dass die Aufgaben auch wahrgenommen würden, zum Beispiel bestimmte Aufgaben im Bereich Kultur und Schule oder im Bereich Kultur und Alter. Darüber könne er dem Ausschuss gern einmal berichten.

Claudia Nell-Paul (SPD) spricht **Titel 685 10** an und fragt, ob von der Erhöhung um 240.000 € alle aufgeführten Büros profitierten.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) erklärt, man habe auch hier jetzt Projektmittel in die pauschale Förderung mit aufgenommen. 230.000 € seien aus der Titelgruppe 90 verlagert worden. 10.000 € seien für alle fünf Einrichtungen für Personal- und Sachkostensteigerungen hinzugekommen.

Zu **Schloss Moyland, Titel 685 30**, weist der Staatssekretär darauf hin, dass hier nach wie vor wieder das Angebot an die Beteiligten vor Ort bestehe, 200.000 € mehr zu geben.

Auf die Bitte von **Dr. Gero Karthaus (SPD)** informiert **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** zu **Titel 685 50 – Zuschuss für das Europäische Übersetzer-Kollegium Nordrhein-Westfalen e. V. in Straelen** –, die EU-Mittel seien schon im

letzten Jahr weggefallen. 2006 habe man sie schon überplanmäßig geleistet. Ähnliches werde in diesem Jahr stattfinden müssen. Die Landesregierung habe ihre Bereitschaft erklärt, unter Beteiligung von Kreis und Stadt – etwa 80 % kämen aber vom Land – die ausfallenden EU-Mittel zu kompensieren. Man lege sogar noch etwas drauf. Denn eine Bibliothek einer so einzigartigen und lobenswerten Einrichtung müsse fortgeführt werden und sollte Möglichkeiten für Ankäufe haben. Die Bibliothek habe konkret vor der Frage gestanden, zum Beispiel Abonnements von Reihenbänden abzubestellen. Deswegen habe man zusätzliche Mittel beantragt.

Die EU-Mittel seien ohne Vorankündigung entfallen. Er habe aber die Institution animiert – und sei auch bereit, sie bei den EU-Abgeordneten zu unterstützen –, dennoch wieder neu für das nächste Jahr EU-Mittel zu beantragen, um zusätzliche Aktivitäten entwickeln zu können. Er habe auch die Bereitschaft der Landesregierung signalisiert, selbst wenn EU-Mittel kämen, auf diesem Level von 274.000 € zu bleiben, sodass die EU-Mittel wirklich in neue Projekte gingen, sodass hier die Chance gegeben sein müsste, für neue Aktivitäten auch neue EU-Mittel zu bekommen. Diese Institution genieße die absolute Unterstützung der Landesregierung. Da werde mit relativ wenig Geld ganz hervorragende Arbeit geleistet.

Zu **Titel 686 30**, Kohlenwäsche/RuhrMuseum, so **Claudia Nell-Paul (SPD)**, stehe in den Erläuterungen, es handele sich um eine auf neun Jahre angelegte Bezuschussung der Betriebskosten. Das sei ja ein bisschen ein Paradigmenwechsel, denn Betriebskostenzuschüsse würden bisher nur an landeseigene Institute gezahlt. Dazu bitte sie um Erläuterung.

Das habe einen ganz einfachen Grund, geht **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** auf die Frage ein. Das RuhrMuseum und die Zukunft der Kohlenwäsche seien wie insgesamt seines Erachtens die Zukunft der Stiftung Zeche Zollverein nicht zu Ende gedacht gewesen. Es sei nur möglich gewesen, die Landschaftsverbände als Träger mit ins Boot zu holen, wenn sich das Land auch selbst in die Förderung einbringe. Er meine, dass die Besonderheit der dortigen Situation das rechtfertige. Das RuhrMuseum hätte ohne diesen Schritt nicht überlebt.

Der **Vorsitzende** wirft ein, das stehe ja auch im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des Museum Folkwang.

Der **Staatssekretär** bestätigt dies. Das hänge mit dem Auszug des Ruhrlandmuseums zusammen.

Der **Vorsitzende** erkundigt sich, ob es eine Bedingung für die Bezuschussung durch die Krupp-Stiftung gewesen sei, dass das Ruhrlandmuseum seinen Platz räume.

Der **Staatssekretär** verneint dies. Das sei schon vorher so konzipiert gewesen, dass das Ruhrlandmuseum ins RuhrMuseum überwechseln werde. Es habe die Zusage der Stadt Essen gegeben, ihre Kosten, die sie jetzt für das Ruhrlandmuseum hätte,

ins RuhrMuseum einzubringen. Als es nachher um die stellenscharfe Berechnung dieser Summe gegangen sei, habe man sich zunächst eine Zeit lang etwas über den Tisch gezogen gefühlt. Aber das habe man dann in einer Aussprache bereinigen können und mit den Landschaftsverbänden die Einigung getroffen, 1 Million € zu geben, nachdem auch die Stadt Essen mehr gezahlt habe als sie es ursprünglich gewollt habe, weil das wirklich Kosten seien, die sie jetzt vor Ort habe.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens hält fest, dass das im Prinzip ein Systemwechsel sei, weil jetzt Betriebskosten bezuschusst würden, was das Land sonst nur bei landeseigenen oder dem Land sehr nahe stehenden Einrichtungen mache. Er hoffe angesichts der Erfahrungen mit Schloss Moyland, dass die Vertragsbedingungen in diesem Fall anders aussähen als etwa bei Moyland. Davon gehe er aber aus. Die Beteiligten seien ja auch andere. Er habe nur noch einmal darauf hinweisen wollen, dass hier tatsächlich etwas Besonderes passiere. – Der **Staatssekretär** bestätigt diese Einschätzung.

Zu **Titelgruppe 60 – Musikpflege und Musikerziehung** – äußert **Claudia Nell-Paul (SPD)**, die SPD begrüße die finanzielle Ausstattung von JeKi, wolle aber gern demnächst einmal konzeptionell über das Projekt sprechen. Sie stelle sich vor, auch Erfahrungsberichte aus den Kommunen zu hören, Stichworte Elternbeiträge, kommunale Mittel, Bedeutung für die Musikschulen.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) schlägt vor, diese Diskussion für Frühjahr 2008 einzuplanen. Er sei selbst sehr neugierig auf die Fakten. Er habe das aber im Moment erst einmal in Ruhe anlaufen lassen wollen.

Ingrid Hack (SPD) merkt an, laut Erläuterungen sehe das Programm vor, dass zumindest jedes Kind einmal im Schulleben die Erfahrung mit einem Musikinstrument mache. Ihre Frage laute, welche Möglichkeiten dieses Programm biete, Nachhaltigkeit zu erzielen. Sie wolle gern wissen, ob die große Summe, die erfreulicherweise dafür ausgegeben werde, Elemente beinhalte, die das beflügeln könnten.

Vielleicht könne in ein paar Monaten schon Auskunft darüber gegeben werden, wie das Geld auf der Grundlage von Zwischenergebnissen noch besser eingesetzt werden könne.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) betont, er habe von Anfang an gesagt, das sei ein Projekt des Learning by Doing. Die Staatskanzlei gehe offen an das Projekt heran, auch sehr kurzfristig. Man wolle im Prozess lernen und aus Erfahrungen klug werden. Die Staatskanzlei werde sich zu Beginn des Jahres eine Meinung bilden, sodass sich das Frühjahr als Berichtszeitpunkt gut eigne. Er sei ganz klar zu Korrekturen bereit und dafür offen. Es müsse nur darauf geachtet werden, nicht ständig die Paradigmen zu wechseln.

Nachhaltig sei das Projekt von vorneherein angelegt. Denn man habe sich gegenüber der Bundeskulturstiftung verpflichtet, nach Auslaufen ihrer Förderung diesen

Anteil zu übernehmen und das Projekt weiter zu betreiben. Das werde allein für das Ruhrgebiet erhebliche Mittel binden. Da sei man inzwischen verpflichtet. Darüber hinaus habe man politisch erklärt: Wenn das Projekt im Ruhrgebiet gut laufe, wolle man es nach 2010 schrittweise auf das ganze Land übertragen.

Zur Nachhaltigkeit gehöre ein zweiter Aspekt, nämlich die Frage, was in den weiterführenden Schulen und im Vereinsleben geschehe. Das müsse jetzt langsam entwickelt werden. Ab dem Sommer gerechnet dauere es vier Jahre, bis sich dieses Problem stelle, was in den weiterführenden Schulen geschehe. Darüber liefen auch Gespräche mit dem Landesmusikrat.

Das verändere die gesamte Musiklandschaft und Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen, wenn plötzlich so viel mehr Kinder an weiterführenden Schulen musizierten, selbst wenn nur die Hälfte der Kinder dabei bleibe. Das werde auch für das weiterführende Schulwesen eine kleine Revolution bedeuten. Dafür müssten selbstverständlich gemeinsam mit dem Schulministerium in den kommenden vier Jahren Konzepte entwickelt werden.

Genauso müsse mit dem Landesmusikrat zusammengearbeitet werden, was die freie Szene angehe. Er stelle sich schon vor, dass die freien Musikensembles bis hin zu den Schützenblaskapellen von diesem Projekt profitierten und ihren Nachwuchs darüber gewännen.

Darauf müssten alle Musikinstitutionen dieses Landes, vor allen Dingen die freien, aufmerksam gemacht werden. Auch die seien gefordert. Das sollte alles gar nicht von oben kommen. Das müsse nur von oben angeregt werden. Vielleicht müssten auch von oben Vorschläge für Aktivitäten gemacht werden.

Es werde dann im Übrigen vermehrt Aufgabe der Musikschulen sein, mit ihrer bisherigen Musikschularbeit wirklich im Einzelunterricht Begabtenförderung zu machen.

Angela Freimuth (FDP) sieht Bedarf, sich mit dem Projekt weiter intensiv zu beschäftigen und es parlamentarisch zu begleiten. Sie interessiere die Einbindung der privaten Musikschulen. Auch dieser Aspekt könne noch vertieft werden.

Seines Wissens gebe es bisher eine einvernehmliche Verständigung mit den Privaten, so **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**.

Elisabeth Koschorreck (SPD) legt Wert darauf, auch den Bereich Schule in die Diskussion im Frühjahr einzubeziehen. Denn JeKi dürfe kein Ersatz für defizitären Musikunterricht werden.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens bittet zu **Titel 686 60 – Sonstige Zuschüsse zur Förderung der Breitenkultur** – für Beginn des nächsten Jahres um einen Bericht über die Erfahrungen mit der Umstellung der Förderbedingungen, Stichwort Pauschalierung. Er erinnere an die Diskussion über Bürokratie in Förderverfahren vor ungefähr anderthalb Jahren. Der Ausschuss habe damals darum gebeten, nach Um-

stellung der Förderung einen Erfahrungsbericht zu bekommen. Das sei auch bereits zugesagt gewesen.

Zu **Titelgruppe 61, Titel 681 61 – Film- und Fernsehpreise** – fragt **Oliver Keymis (GRÜNE)**, wer von dieser Erhöhung um 5.000 € profitiere. – Die 5.000 € mehr, legt **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** dar, hingen seines Erachtens mit dem Grimme-Preis und seinem eigenen Vorschlag zusammen, auch einen Preis für kinder- und jugendgerechte Darstellungen im Fernsehen zu vergeben. – **Oliver Keymis (GRÜNE)** fragt nach, ob die 5.000 € also der Höhe des Sonderpreises entsprächen. – Der **Staatssekretär** antwortet, seines Wissens ja.

Zu **Titelgruppe 62, Titel 681 62 – Arbeitsstipendien im Bereich der darstellenden Kunst** – stellt **Claudia Nell-Paul (SPD)** die Frage, warum diese Arbeitsstipendien ausliefen.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) sagt zu, das schriftlich zu erläutern, da er im Moment keine genaue Auskunft darüber geben könne.

Diese Arbeitsstipendien, meint **Claudia Nell-Paul (SPD)**, gebe es außer im Theaterbereich ja auch in der Literatur und in anderen Bereichen. Vielleicht könne der Ausschuss einmal einen Überblick darüber bekommen, welche Stipendien vom Land noch vergeben würden und mit wem dabei zusammengearbeitet werde. Das habe ja sehr viel mit der Außendarstellung von NRW, internationalen Kontakten usw. zu tun.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) berichtet, das werde gerade neu konzeptioniert. Zum Beispiel die Förderpreise seien erhöht worden. Er halte das für ein wichtiges Thema, aber das könne noch besser ausgerichtet werden. Auch die Internationalisierung könne dabei noch stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Er biete an, dem Ausschuss darüber in einem eigenen Tagesordnungspunkt zu berichten, wenn die Überlegungen der Landesregierung weiter fortgeschritten seien.

Zu **Titelgruppe 64 – Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche** – bedankt sich **Claudia Nell-Paul (SPD)** für die Vorlage 14/1250 zum Thema Fortführung des Programms „Kultur und Schule“ und bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen darüber informiert zu werden, welches Konzept die Landesregierung verfolge.

In einem Presseartikel aus dem Sommer habe gestanden: Insgesamt gebe es in Nordrhein-Westfalen rund 2,8 Millionen Schülerinnen und Schüler. Die 20.000 geförderten Schüler entsprächen gerade einmal rund 0,7 %. Wenn das ambitionierte und sinnvolle Projekt jedoch einen spürbaren Erfolg haben solle, müsse es in den nächsten Jahren deutlich erweitert werden.

Unter „deutlich erweitert“ verstehe sie nicht nur mehr Geld. Die SPD wisse die enorme finanzielle Kraftanstrengung sehr wohl zu schätzen. Die SPD fordere also nicht noch mehr Geld. Aber ihre Fraktion sehe einen Punkt erreicht, an dem darüber

nachgedacht werden müsse, wohin dieses Projekt langfristig führen solle und ob es bei der bisherigen Konzeption bleibe.

Es gebe Tendenzen zu hinterfragen, ob das so im Sinne von Projektförderung zukunftsfähig sei, was die Breite der damit erfassten Basis angehe, und wie das bei Kommunen in der Haushaltssicherung aussehe, die möglicherweise die 20 % Eigenmittel nicht aufbringen könnten. Das umfasse auch die Frage nach einer möglichen Schieflage zwischen reichen Kommunen und nicht reichen Kommunen in NRW.

Sie habe gerade gelesen, dass Düsseldorf einen Preis in Höhe von 30.000 € für besonders wertvolle Projekte im Bereich der kulturellen Bildung bekommen habe. Das freue sie natürlich, aber sie wisse auch, dass es sich bei der Stadt Düsseldorf um eine reiche Stadt handele, die in dem Bereich sehr viel mache. Andere Kommunen seien dagegen weniger reich und machten sehr wenig. Für solche Kommunen wären diese 30.000 € ein tolles Geschenk.

Außerdem werde kritisch hinterfragt, ob sich die Schule – sowohl das Schulministerium als auch einzelne Schulen – sozusagen aus der Verantwortung verabschiede nach dem Motto, kulturelle Bildung sei nicht mehr Bestandteil von Unterricht im klassischen Sinne und nicht mehr Aufgabe von Schule, sondern das machten am Nachmittag die Künstlerinnen und Künstler.

Trotz des Berichts von Ministerin Sommer, sie hätte noch einmal darauf hingewiesen, dass außerschulische Besuche von Kultureinrichtungen erwünscht seien, stellten die Kulturdezernenten einzelner Städte da nach wie vor einen gravierenden Rückgang fest. Das deute darauf hin, dass sich die Schule von ihrer Aufgabe verabschiede, kulturelle Bildung zu vermitteln.

Da seien nicht der Kulturausschuss oder Herr Grosse-Brockhoff gefordert, sondern da sei die Schule gefragt. In dieser Richtung müsse noch eine harte Debatte geführt werden. Hierzu sollte auch das Schulministerium Stellung nehmen, um das Thema umfassender und konzeptionell in einer langfristigen Entwicklung anzugehen.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) versichert, die Zusammenarbeit von Künstlern und Schulen werde den absolut notwendigen musischen Unterricht an Schulen nicht ersetzen. Das Programm „Kultur und Schule“ stelle eine Ergänzung dar. Das werde im Übrigen auch nie flächendeckend gleichermaßen funktionieren können, denn dafür fehle es an einer ausreichenden Anzahl von Künstlern.

„Kultur und Schule“ sei eine Erfolgsgeschichte, die niemand erwartet habe. Darüber hinaus habe auch kaum jemand erwartet, dass so viel Geld dafür zur Verfügung stehe. Immerhin stünden jetzt 4,3 Millionen € dafür bereit.

Natürlich sollte der Kulturausschuss Berichte über den Stand des Programms „Kultur und Schule“ erhalten. Diese Berichte könnten jährlich erfolgen und genutzt werden, um in eine umfassendere Diskussion einzusteigen. Er gehe davon aus, dass der Staatssekretär gern über die Erfahrungen mit dem Programm berichte. Auch die von Frau Nell-Paul angesprochenen Detailfragen sollten dann aufgegriffen werden.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) macht den Vorschlag, diesen Bericht und den Bericht zu JeKi gemeinsam zu behandeln.

Er könne die Ausschussmitglieder nur bitten, auch ihrerseits die Schule mit in die Pflicht zu nehmen. Seines Erachtens spreche nichts gegen eine gemeinsame Sitzung mit dem Schulausschuss, um für das entsprechende Bewusstsein zu werben, allerdings sehe er das Problem nicht bei der Schulministerin oder beim Schulministerium. Vielmehr werde teilweise vor Ort gemeint, dann könnten ja die musischen Fächer zurückgeführt werden.

Das werde die Landesregierung aber nicht mitmachen. Die Landesregierung mache zur Bedingung, dass weiter Musik- und Kunstlehrer eingestellt würden. Zurzeit würden auch nachweislich wieder mehr Musik- und Kunstlehrer eingestellt, geradezu überproportional. Aber die Schulleitung vor Ort entscheide jeweils, ob ein Lehrer mehr in seinem Zweitfach oder in seinem Erstfach Kunst oder Musik eingesetzt werde. Er kenne genügend Beispiele für Lehrer, die beide Fakultäten hätten, aber zum Beispiel nur im Fach Englisch eingesetzt würden und nicht im Fach Kunst oder im Fach Musik. Das müsse sich ändern.

Langfristig verfolge die Landesregierung die Strategie, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und mit solchen Projekten sowohl der Schule als auch Kommunen als auch der Gesellschaft insgesamt vor Augen zu führen, wie wichtig das sei.

Auch Kommunen sollten seines Erachtens im Rahmen ihrer Kulturpolitik und ihrer Schulpolitik solche Aktivitäten ergänzender Art betreiben, wie es sich zum Beispiel Düsseldorf leisten könne. Aber Düsseldorf könne auch nicht anders behandelt werden als andere Städte. Er sei froh darüber, dass die Mittel des Landes in Düsseldorf dazu geführt hätten, dass noch mehr Projekte gemacht würden, die weiteren Kindern zugute kämen.

Auch im Rahmen dieser Position setze die Landesregierung ihre langfristige Strategie um, zu pauschalieren und es auf die Ebene der Kreise und kreisfreien Städte zu übertragen, Jurys zu bilden usw. Vielleicht gelangten sie dann auch zu der Erkenntnis, dass sie auch ureigene Mittel außer den 20 % Ergänzungsmitteln, die man dieses Jahr eingeführt habe, dafür zur Verfügung stellten.

Das Ziel sei, dass jedes Kind in seiner Schullaufbahn mit allen Sparten der Künste in Berührung komme. Aber das sei ein Programm für mehrere Legislaturperioden. Wenn man sich wirklich vornehme, jedenfalls im Bereich der Musik im Ruhrgebiet alle zu erreichen und vielleicht in einer anschließenden Legislaturperiode auch alle Grundschüler insgesamt im Land, sei das schon ein riesiger Schritt. Das binde aber auch viele Mittel.

Zur **Titelgruppe 66 – Kulturelle Integration** – vertritt **Ingrid Hack (SPD)** die Ansicht, 500.000 € seien eine relativ geringe Summe in Relation zu anderen interkulturellen Bereichen. Zudem wachse der Betrag nicht auf. Bei den letzten Haushaltsberatungen habe es ähnlich ausgesehen, aber es habe dafür einen plausiblen Grund gegeben, der ihr damals auf Nachfrage mitgeteilt worden sei. Sie bitte um Erläuterung, wie sich diese „Ungleichbehandlung“ in diesem Jahr erkläre.

Man habe diese Position immerhin von 273.000 € in 2006 auf 500.000 € in 2007 knapp verdoppelt, nimmt **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** Stellung. In diesem Jahr habe er bei den internen Haushaltsgesprächen gefragt, wie es in dem Bereich mit dem Bedarf aussehe. Nach seiner Erinnerung reiche das im laufenden Jahr aus, um die Nachfrage nach Projekten und die Initiativen des Landes zu finanzieren, sodass es keinen Grund gegeben habe, hier mehr Mittel vorzusehen. Er sei aber für die Zukunft offen, wenn sinnvolle Projekte zu diesem Thema anstünden. Allerdings halte er nichts davon, nur Wind zu machen, um zu beweisen, was alles getan werde. Er empfinde diese Position mit 500.000 € im Moment als gut ausgestattet.

(Ingrid Hack [SPD]: Es geht nicht darum, Wind zu machen!)

Auf die Bitte von **Oliver Keymis (GRÜNE)** sagt der **Staatssekretär** eine Übersicht über die Verwendung der Mittel aus Titelgruppe 66 zu. (vgl. Vorlage 14/1416)

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU) weist darauf hin, es handele sich um eine Querschnittsaufgabe. Auch viele andere Töpfe enthielten solche Integrationselemente.

Die von **Elisabeth Koschorreck (SPD)** zu **Titelgruppe 70 – Förderung von Zwecken der bildenden Kunst und der Medienkunst** – erbetenen Ausführungen von **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** entsprechen Vorlage 14/1400.

Zu **Titelgruppe 74 – Kultur und Kreative Ökonomie** – führt **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)** aus, er halte es für wichtig, dass der Kulturausschuss diese Politik unterstütze, um die Position der Kultur gegenüber dem Wirtschaftsministerium zu stärken, damit nicht letztlich doch wieder in erster Linie Medien, Werbung usw. davon profitierten, sondern auch Kunstprojekte. Es sollten auch Kunstprojekte im Zusammenhang mit Infrastrukturmaßnahmen, zum Beispiel entlang der Emscher, gefördert werden können, die dann Auslöser für die Ansiedlung anderer kulturwirtschaftlich höchst bedeutsamer Unternehmungen sein könnten. Hier könne die Kunst sehr wohl auch Vorreiter sein.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens bittet für den Ausschuss nach einer angemessenen Zeit um einen ersten Erfahrungsbericht. Das betreffe auch die Aufgabenverteilung zwischen Staatskanzlei, Wirtschaftsministerium und anderen Ressorts. Der Kulturausschuss wolle das wirklich begleiten und nicht einfach dem Wirtschaftsausschuss überlassen.

Bei der **Titelgruppe 80 – Förderung literarischer Zwecke** –, stellt **Claudia Nell-Paul (SPD)** fest, sei die Trennung von Sach- und Personalkostenförderung und Projektkostenförderung beibehalten worden. Gerade die Literaturbüros hätten aber das große Problem, dass sie durch die Förderung von Land und Kommune ausschließlich ihre Personal- und Sachkosten decken könnten. Sie hätten nicht einen einzigen Euro für die Finanzierung von Projekten und müssten sowohl bei den Kommunen als auch beim Land Projektkostenmittel beantragen. Das sei zum einen ein erheblicher

bürokratischer Aufwand und habe zum anderen auch etwas mit Planungssicherheit zu tun. Beispielsweise könnten keine Verträge für Lesungen mit gefragten Autoren bereits für Frühjahr 2009 geschlossen werden. Sie interessieren, ob da nicht auch eine Umstellung infrage komme – Stichwort Pauschalierung. – Der **Staatssekretär** sagt eine spätere Beantwortung der Frage zu. Ihm liege das Thema auch am Herzen.

Bei der **Titelgruppe 90 – Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch** – spricht **Claudia Nell-Paul (SPD)** die Ausgaben für ein Kulturmarketing NRW an. Hier werde die Summe fast verdoppelt. 128.000 € seien aus anderen Haushaltsstellen verlagert worden, aber es bleibe immer noch ein Zuwachs von 200.000 €. Böse Zungen könnten sagen, hier sei ein Gutsherrenfonds eingerichtet worden zur Präsentation des Gutsherren Rüttgers, der mit seinem Gutsverwalter Grosse-Brockhoff durchs Land ziehe und sich gut vermarkte. Das hätte sich die alte Landesregierung nicht erlauben dürfen. Diese Verdoppelung könne schon fast dreist genannt werden. Das sei wirklich bewundernswert. Sie gratuliere der Landesregierung zu diesem mutigen Schritt. Die rot-grüne Landesregierung hätte sich das niemals getraut.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) hat kein Verständnis für die Ausführungen von Frau Nell-Paul. Denn dieses Land habe seine Kultur in der Vergangenheit hundsmiserabel verkauft und zu wenig Mittel dafür aufgewendet. Aus seiner Sicht müsse das auch künftig eine weiter wachsende Haushaltsstelle sein, und zwar nicht um den Herrn Ministerpräsidenten und diese Landesregierung strahlen zu lassen, sondern um Dinge stattfinden zu lassen, damit auch im Ausland das Bewusstsein für die Kultur in diesem Land geschärft werde. Auch die eigenen Bürger müssten wissen, was das Land im Bereich der Kulturpolitik vorhalte bzw. fördere. Er könne eine lange Liste von Dingen nennen, die überhaupt nichts mit der Selbstdarstellung dieser Regierung zu tun hätten, sondern vielmehr mit der Darstellung der Kultur, letztlich ja der Kultur der Kommunen in diesem Land, die in diesem Bereich fast alle sträflich sündigten, weil ihnen einfach das Geld fehle. Hier müssten ganz neue Wege gegangen werden. Da seien sowohl die 400.000 € in diesem Jahr als auch die 729.000 € im nächsten Jahr nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Aus dieser Position wolle man im Übrigen auch Kulturtransparenz herstellen und zum Beispiel endlich den Kulturförderbericht finanzieren, der dem Ausschuss und der Öffentlichkeit im nächsten Jahr vorgelegt werde, damit nachvollzogen werden könne, was aus dem Geld geworden sei.

Claudia Nell-Paul (SPD) kündigt an, dem Staatssekretär die Kürzungsansätze der CDU-Opposition der letzten Jahre herauszusuchen.

Der **Staatssekretär** erwidert, wenn der Kulturetat verdoppelt werde, müsse auch Einigkeit darüber bestehen, dass auch in diesem Bereich erhebliche Anstrengungen unternommen würden.

Walter Kern (CDU) findet es charmant, dass Frau Nell-Paul darauf hinweise, wie gut die Landesregierung arbeite. Er habe selbst 16 Jahre lang eine Marketingabteilung leiten dürfen und könne aus Erfahrung sagen, dass gute Werbung ihren Preis habe. Dass diese Werbung für Nordrhein-Westfalen eine Investition darstelle, müsse doch jedem bewusst sein. Wenn man das Land nach vorne bringen wolle, müsse man auch zu Investitionen bereit sein. Die fänden hier statt.

Claudia Nell-Paul (SPD) präzisiert, ihre Kritik ziele ja nur darauf ab, dass CDU und FDP früher ganz anders argumentiert hätten.

Dr. Gero Karthaus (SPD) äußert zu **Titelgruppe 97 – Regionale Kulturförderung –**, **Titel 685 97, Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland**, anscheinend habe sich die Landesregierung jetzt schon auf die Verwaltungsstrukturreform verständigt. Das schließe er aus der Aussage in den Erläuterungen, dass mittelfristig stärkere Kompetenzen auf die geplanten Regionalverbände Rheinland, Ruhrgebiet und Westfalen-Lippe übergehen sollten. Er nehme das zur Kenntnis. Vielleicht könne Herr Grosse-Brockhoff das auch erläutern.

Die SPD interessiere natürlich auch an dieser Stelle die Verwendung der Mittel.

Der **Vorsitzende** vermutet, das werde im Rahmen des Kulturförderberichts eine Rolle spielen, den der Staatssekretär gerade für das nächste Jahr angekündigt habe. – Der **Staatssekretär** bestätigt diese Vermutung.

Oliver Keymis (GRÜNE) begrüßt, dass es die **Titelgruppe 98 – Förderung der Kunst und Kultur der Frauen** – nach wie vor gebe, obwohl der Staatssekretär sie eigentlich gar nicht mehr gewollt habe.

StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK) widerspricht, er habe die Titelgruppe nie streichen wollen.

Oliver Keymis (GRÜNE) entgegnet, dann wolle er in dieser Frage einmal die alten Ausschussprotokolle bemühen. Denn nach seiner Erinnerung liege es noch gar nicht so lange zurück, dass sich Herr Grosse-Brockhoff dazu anders geäußert habe.

Jedenfalls begrüße er diese Entscheidung und die Erhöhung. Allerdings habe er im Gedächtnis gehabt, dass dieses Mehr dem Frauenmuseum in Bonn zugute komme. Nun habe er den Erläuterungen entnommen, dass damit der FrauenMediaTurm gefördert werde. Vorstandsvorsitzende des FrauenMediaTurms sei Alice Schwarzer. Unter der Voraussetzung unterstütze er diese Förderung nicht. Denn Alice Schwarzer könne seines Erachtens ihr Honorar von der „Bild“-Zeitung dort investieren. Möglicherweise äußere er sich jetzt aber auch zu unsachlich.

Es erfülle ihn sogar mit Stolz, so **StS Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff (StK)**, die Schließung des Archivs des FrauenMediaTurms mit vereinten Kräften mit Herrn Mi-

nister Laschet und Herrn Minister Pinkwart verhindert zu haben. Hier gehe es nur um das Archiv des FrauenMediaTurms. Alice Schwarzer habe ihn davon überzeugen können, welches Kleinod im Land es hier seitens Kultur, Wissenschaft und Gleichstellungsminister zu bewahren gelte. Diese drei Ressorts beteiligten sich jetzt mit jeweils 70.000 €

